

Arbeitsmarkt

- Wir wollen die Tarifautonomie als ein Garant für die Stabilität des Standortes Deutschland stärken. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Der wichtigste Ansatzpunkt ist dabei, dass die Lohnfindung nicht verstaatlicht wird, sondern Aufgabe der Tarifpartner bleibt.

(Regierungsprogramm Seite 20)

- CDU und CSU gewährleisten Mindesteinkommen für Alle in Deutschland. Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen. Für uns gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Ein Mindesteinkommen macht Arbeit gerade auch für die Arbeitssuchenden ohne Berufsabschluss oder mit geringer Qualifikation, aber auch für Ältere in Unternehmen attraktiver. Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört.

(Regierungsprogramm Seite 20)

- Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. (...) Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wird weiter Maßstab unseres Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.

(Regierungsprogramm Seite 20)

Bürokratieabbau

- Wir wollen die Bürokratie weiter abbauen. (...) Unser Ziel ist der Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent bis 2011. Wir werden den Normenkontrollrat stärken und seine Kompetenzen ausweiten. Wir werden zudem daran arbeiten, alle Gesetzesvorhaben aus der Mitte von Bundestag und Bundesrat auf Bürokratiekosten zu überprüfen.

(Regierungsprogramm Seite 12)

- Kurzübersicht -

Mittelstandsrelevante Positionen aus dem Regierungsprogramm von CDU/CSU

- Klares Bekenntnis zu einer schwarz-gelben Koalition
- Klares Bekenntnis zum Mittelstand
- Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und Absage an Staatswirtschaft
- Entlastung von Bürgern und Betrieben durch eine Einkommensteuerreform sowie eine deutliche Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens
- Eindeutige Absage an Steuererhöhungen nach der Bundestagswahl
- Korrekturen von Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform
- Flexiblere Gestaltung der steuerlichen Förderung privater Altersvorsorge

- Ausbau der Forschungsförderung inklusive steuerlicher F&E-Förderung
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkaptal
- Konsequente Fortsetzung des Bürokratieabbaus
- Stärkung der Tarifautonomie, keine Verstaatlichung der Lohnfindung
- Ablehnung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns, stattdessen Mindesteinkommen als Kombination aus Lohn und staatlichen Ersatzleistungen
- Erhalt der Minijobs
- Fortsetzung des Nationalen Ausbildungspaktes mit der Wirtschaft
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.a. durch Ausbau des Betreuungsangebotes
- Stabile Lohnzusatzkosten, u.a. durch Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialsystemen
- Keine Aufweichung der Rente mit 67, keine Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
- Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen für die öffentliche Auftragsvergabe
- Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“
- Verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen
- Stärkung des Meisterprinzips im Handwerk
- Kostengünstigerer Zugang des Mittelstandes zum europäischen Patentsystem
- Freie Heilberufe und eigentümergeführte Apotheken als tragende Säulen des Gesundheitssystems
- Bekenntnis zur leistungsfähigen privaten Krankenversicherung
- Verhinderung einer Kreditklemme im Mittelstand, Überprüfung von Basel II auf seine prozyklische Wirkung
- Breiter Energiemix, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise, Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke
- „Effizienzstrategie Mittelstand“ (Stärkung der Energiekompetenz in kleinen und mittleren Betrieben durch Beratung sowie zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse bei Effizienzmaßnahmen)



MIT-Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 5 10117 Berlin
info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de
Tel.: 030 / 22 07 98-0



Der deutsche Mittelstand wählt CDU/CSU!



Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Mittelständler,

die Bundestagswahl am 27. September 2009 ist die entscheidende Weichenstellung für die Überwindung der aktuellen Krisenphase. Bei kaum einer Bundestagswahl der zurückliegenden Jahrzehnte waren die politischen Alternativen für den Wähler so deutlich definiert wie in diesem Jahr.

Für den Wähler stellt sich heute die Frage, ob er seine Stimme der CDU/CSU und einer bürgerlichen Koalition gibt, damit eine Entlastungspolitik für Bürger, Familien und Mittelstand das Land in die Lage versetzt, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Oder gibt der Wähler dem linken Lager seine Stimme, damit wettbewerbsverzerrende, steuerfinanzierte staatswirtschaftliche Maßnahmen Einzug halten und dazu beitragen, die Krisensituation noch zu verschärfen. Letzteres wäre die denkbar schlechteste Entwicklung für unser Land.

Wer für eine mittelstandsfreundliche Politik votieren will, wählt Union. Wesentliche Kernforderungen des CDU/CSU-Regierungsprogramms sind das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, ein ordnungspolitischer Ansatz, eine klare Aussage für eine bürgerliche Koalition, die Senkung des Einkommensteuersatzes, die Abmilderung der kalten Progression und eine deutliche Aussage gegen Steuererhöhungen. Damit wurden auch die Kernforderungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU berücksichtigt.

Die Union stellt mit ihrem Regierungsprogramm den Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie setzt auf einen Dreiklang aus Schuldenabbau, Investitionen in Bildung und Innovation und eine effektive Steuer-, Abgaben- und Bürokratieentlastung. Eine Entlastungspolitik ist die richtige Konjunkturpolitik und ist staatlichen Subventionen und der Steuerfinanzierung von überholten Unternehmensstrukturen immer vorzuziehen.

Wir wenden uns gegen die bequeme Logik des linken politischen Lagers, das allein darauf setzt, der Rekordverschuldung nur mit einer Rekordsteuerlast und zunehmenden Staatseingriffen in die Freiheit von Bürgern und Unternehmern zu begegnen. Wer eine konsequente Politik für Leistungsträger einfordert, macht sein Wahlkreuz am 27. September 2009 bei CDU/CSU.

Ihr

Dr. Josef Schlarmann
MIT-Bundesvorsitzender



Mittelstandsrelevante Forderungen im Regierungsprogramm von CDU und CSU

Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

- In der Sozialen Marktwirtschaft sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt und Schwache schützt. (Regierungsprogramm Seite 4)
- Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. (...) Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wir sehen ihn in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu setzen, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. (Regierungsprogramm Seite 9)

Klares Bekenntnis für eine bürgerliche Koalition

- Das Jahr 2009 darf nicht nur das Jahr einer außergewöhnlichen weltweiten Krise sein, sondern es muss auch das Jahr sein, in dem die Grundlage für einen neuen Aufschwung gelegt wird. Damit unser Land 2013 noch besser dasteht als 2009, nach innen wie nach außen, zum Wohle der Menschen. Um das zu erreichen, wollen wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich-Soziale Union, in der nächsten Legislaturperiode eine Regierung mit der Freien Demokratischen Partei bilden. So können wir die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes treffen. (Regierungsprogramm Seite 3/4)

Klares Bekenntnis zum Mittelstand

- Deutschlands Mittelstand ist unser wirtschaftliches Rückgrat im Hinblick auf Beschäftigung, Ausbildung, Investition und technischen Fortschritt. Der Mittelstand, Familienunternehmen, Handwerk und Freie Berufe stehen für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Deutschlands mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch ihre Standorttreue aus: Sie agieren zwar weltweit, oftmals als Marktführer in hoch spezialisierten Fachbereichen, sind aber gleichzeitig fest in ihrer Heimat verwurzelt. Ihr Handeln vermittelt Zuversicht in den Standort Deutschland. (Regierungsprogramm Seite 12)

Steuerentlastung statt Steuererhöhung

- Die Menschen, die arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Gesetze halten, erarbeiten und schultern die staatlichen Investitionen und Aufgaben. Mit diesen Leistungsträgern werden wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Diese Bürgerinnen und Bürger und ihre Famili-

en wollen wir entlasten. Unsere Steuerpolitik ist leistungsgerecht, familiengerecht, generationengerecht und krisenfest. Unser Ziel ist es, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto erhalten. Sie haben einen Anspruch auf ein Steuerrecht nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“. Steuererhöhungen lehnen CDU und CSU ab. Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.

(Regierungsprogramm Seite 9)

Die Maßnahmen:

- Abflachung des Mittelstandsbauches (Regierungsprogramm Seite 9)
- Senkung des Eingangsteuersatzes (Regierungsprogramm Seite 10)
- Verschiebung des Höchststeuersatzes (Regierungsprogramm Seite 10)

Unternehmensteuer krisenfest machen

- Wir werden die Unternehmensteuerreform krisenfest weiterentwickeln. In einer weltweiten Wirtschaftskrise darf der Staat den Unternehmen keine zusätzlichen Steuer-Steine in den Weg legen, die ihre Chancen auf Wachstum und Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb behindern. Wir werden daher die Besteuerung von Unternehmen auf krisenverschärfende Wirkungen überprüfen und die notwendigen Anpassungen vornehmen. Wachstumsfeindliche Steuerpolitik wird es mit CDU und CSU nicht geben. (Regierungsprogramm Seite 10)

Leistungsfähiges und modernes Gesundheitssystem

- Wir wollen, dass die Beteiligten in einem selbstverwalteten Gesundheitssystem als Partner handeln und lehnen eine Staatsmedizin ab. (Regierungsprogramm Seite 23)
- Wir werden Eigenverantwortung, Vorsorge und Prävention weiter stärken, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotenziale ausschöpfen sowie individuelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume ausweiten. (...) Angesichts der Vielfalt der Angebote wollen wir über verlässliche und verständliche Kriterien zu Leistung, Qualität und Preis zu mehr Transparenz und besserer Orientierung - sowohl bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen als auch bei Kostenerstattungstarifen beitragen. (Regierungsprogramm Seite 24)
- Wir bekennen uns zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen, die zu einem freiheitlichen Gesundheitssystem in Zukunft als Voll- und Zusatzversicherung gehören. Wir wollen, dass die gesetzlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von gesetzlicher und privater Krankenversicherung beim Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen stärker als bisher genutzt und erweitert werden. Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab. (Regierungsprogramm Seite 25)